



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924**

354 (1.8.1924) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-215634](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-215634)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Neue Mannheimer Zeitung Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung wöchentlich 2 Pfennig. Die monatlichen Bezüge vermindern sich bei zeitweiliger Abwesenheit. Die wöchentlichen Bezüge sind im Voraus zu entrichten. — Hauptvertriebssstelle Mannheim i. d. L. — Geschäfts-Nebenstelle Heidelberg, Weib-straÙe 4. Fernspr. Nr. 2041, 2042, 2043, 2044, 2045. Verlag: H. K. Schmitt, Mannheim. Erscheint wöchentlich zweifach.

Anzeigenpreise nach Tarif. Bei Dauerabnahme per ein- monatliche Anzeigenliste für Adressen 5000 Goldmark. Kleinanzeigen 2.— Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. — Adressen: Mannheim, Weib-straÙe 4. Fernspr. Nr. 2041, 2042, 2043, 2044, 2045.

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung. Welle u. Schall. Aus Feld und Garten. Wandern u. Reisen

### Der Endkampf in London

#### Das Ringen um die letzte Formel

(Von unserem nach London entsandten Sonderberichterstatter)  
London, 1. August.

Gestern war ohne Zweifel der bewegteste Tag der Konferenz. Die Franzosen gingen mit einer Entschlossenheit zu Werk, wie man sie bisher nicht erwartet hatte. Wir müssen diesmal durch- bringen, sagte Herrriot zu seinem Sekretär Bergery am Nachmittage, als plötzlich die Hiobsbotschaft kam, daß das 1. Komitee über den verständlich handelnden die Experten Englands und Belgiens in Hauptpunkt der französischen Formel betreffend die Einsetzung eines Schiedsgerichts sich nicht einigen könnte. Sofort wandte sich Herrriot an Seydoux, eine zweite Sitzung dieses Komitees zu beantragen. Der Wunsch stieß auf Widerstand. Als aber Seydoux erklärte, daß Herrriot unbedingt darauf bestände, bis Samstag über das Schicksal seines Vorschlags unterrichtet zu sein, damit am Montag ein Beschluß darüber gefaßt werden könnte, gaben die andern nach. Selbst- verständlich handelten die Experten Englands und Belgiens in Uebereinstimmung mit den maßgebenden Regierungspersonalitäten, die im ersten Komitee den Vorschlag führten. Es war das erste und die- ses das letzte Mal auf der Konferenz, daß Seydoux der Senatbevollmächtigte Herrriots war, denn die Beziehungen zwischen Herrriot und Seydoux sind nicht günstig. Man erzählt allerdings, daß Herrriot in den beiden letzten Tagen die Verständigung durch Seydoux suchte, um in der französischen Delegation ein gutes Ein- vernehmen herzustellen.

In der 2. Sitzung des ersten Hauptkomitees entwickelte sich die Debatte über die Schiedsgerichtsfrage in sehr komplizierter Art und Weise. Nachdem Snowden erklärt hatte, daß das Schiedsgericht nicht genügend neutral vertreten sei, beantragte er die Ausnahme eines Deutschen in dieses Schiedsgericht, das die abschließenden Verfügungen Deutschlands feststellen soll. Mit scharfer Erregung wies Clemement diesen Antrag zurück und sagte, daß er sofort das Recht auf eine isolierte Aktion Frankreichs in die Formel einbringen werde, falls Snowden auf seinen Antrag bestehen sollte. Clemement erklärte hier, daß Frank- reich nur dann auf eine isolierte Aktion verzichten könne, wenn die Formel im Prinzip als Ganzes angenommen werde. Tatsächlich läßt sich unter den gegebenen Umständen sagen, daß Frankreich erst dann zu einer selbständigen Aktion übergehen dürfe, wenn die Schiedsrichter nicht einig gehen sollten. Mit dieser Möglichkeit ist aber kaum zu rechnen. Nachdem Snowden sah, wie energisch Clemement seinen Standpunkt verteidigte, gab er nach. Besonders be- mühten sich der Amerikaner Logan und der Belgier Hyman um die Verständigung zwischen Snowden und Clemement. Nachdem sie gelungen war, beglückwünschten sie alle. Snowden sagte u. a.: „So hoffe ich morgen, daß die Bahn für die Deutschen frei ist und wir

dem Ende der Konferenz erheblich nähergekommen sind.

Späterhin kam noch eine dritte Sitzung der Experten des ersten Komitees zustande, um eine Mitteilung der Bankleiter zur Kenntnis zu nehmen. Wie es heißt, haben die Bankleiter Damond und Mor Kenna und die maßgebenden Finanziers ihre Befriedigung über die Formel mitgeteilt. Sie stellen aber die Frage, ob auch in der Frage der erhöhten deutschen Sachleistungen, die im Vertrag verlangt, das Schiedsgericht in Aktion treten solle, denn es handle sich hier um Leistungen, die im Damesplan nicht vorge- sehen seien. Ueber diesen Punkt erhalten die Bankleiter erst im Laufe des heutigen Tages eine Antwort, weil das 2. Komitee darüber bisher noch erfolglos verhandelt hat. Wahrscheinlich wird es notwen- dig sein, daß der Rat der 5 über die geforderten erhöhten deutschen Sachleistungen verhandelt. Der

#### Amerikanische Widerstand

macht sich hier geltend. Von belgischer Seite liegt aber ein Ver- mittlungsvorschlag vor, dahingehend, daß über all diese er- höhten Sachleistungen ein gemischtes Schiedsgericht, in dem deut- sche Vertreter sein sollen, die Entscheidung zu fällen habe. Es soll zwischen dem Transferr-Komitee und Deutschland oder zwischen dem Transferr-Komitee und der Reparationskommission hierüber eine Vereinbarung getroffen werden. Jedenfalls hält man diesen Punkt noch für Verhandlungen mit den hierherkommenden deutschen Ver- tretern offen.

Daran kann also die Einladung Deutschlands, die man nunmehr für heute erwartet, nicht mehr scheitern. Die Reparations- kommission befahte sich gestern hauptsächlich mit der Klarstellung ihrer künftigen Aufgaben. Sie wird sich mit allen den Damesplan be- treffenden Fragen beschäftigen, lehnt es aber ab, hinsichtlich der wirtschaftlichen Räumung der Ruhr Stellung zu nehmen. Augenblick- lich ist die Reparationskommission damit beschäftigt, die auf den Damesplan bezüglichen Konferenzbeschlüsse zu prüfen.

In englischen Kreisen wurde gestern Abend erklärt, daß Mac- donald aus innerpolitischen Gründen auf eine rasche und erfolgreiche Beendigung der Konferenz hinwirkt. Es ist möglich, daß wegen der letzten Vorgänge die Wahlen in England schon im Herbst stattfinden müßten. In diesem Fall würde ein günstiges Konferenzresultat sehr erwünscht sein. Auch die liberalen Kreise teilen diese Auffassung.

Aus Newyork wird dem „Daily Telegraph“ berichtet, daß der Beschluß des Federal Reserve Board, die Handelswechsel der deutschen Goldnotenbank zu diskontieren als ein Beweis dafür angesehen werde, daß man nun in amerikanischen Finanz- kreisen mit einer weiteren Ausdehnung der amerikanisch-deutschen

Finanzbeziehungen rechnen kann und daß es leicht sein werde, ameri- kanische Kapitalien für Deutschland aufzubringen.

#### Berlin ist unzufrieden

Berlin bemerkt im „Echo de Paris“, daß das jetzt angenom- mene französische Projekt die bisherigen Organismen und Mittel zur Durchführung des Friedensvertrages durch einen komplizierten Apparat ersetze, der kaum den Widerstand Deutschlands überwinden könnte. Niemand werde irgendeine Verletzung festgestellt oder eine Sanktion ergriffen werden können ohne ausdrückliche Bewilligung durch England und Amerika. Der neue französische Vorschlag ver- mindere also noch die geringen theoretischen Rechte, die Frankreich bisher besitzen habe.

#### Das Verbleiben der Engländer in Deutschland

Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß man englischerseits kaum Einwendungen gegenüber dem Verbleiben englischer Truppen in der Kölner Zone, wenigstens für eine gewisse Zeit, erheben werde. Auch nach der Räumung des Kölner Brückenkopfes wolle das englische Kriegsministerium ein englisches Ostpazionskorps am Rhein belassen, wahrscheinlich in der Gegend von Koblenz. Die französische Militärbehörde hielt es jedoch für bequemer, dem eng- lischen Kontingent die Besetzung des Rhein Brückenkopfes zu überlassen. (1)

#### Die Auffassung in Berlin

Berlin, 1. Aug. (Von unfr. Berl. Büro.) Falls das Kom- promiß in der Räumungsfrage wirklich das letzte Wort der Londoner Konferenz wäre, müßte man auch diesen Versuch der Befriedigung der Welt als gescheitert ansehen. Es kann keine Frage sein, daß keine deutsche Regierung in die Verlängerung der Besetzung um 2 Jahr willigen könnte; von allem anderen abgesehen, zunächst darum nicht, weil auf solcher Grundlage keinerlei Kredit zu erhalten wäre. Gerade aus solchen Erwägungen heraus aber neigt man einstimmen hier zu der Annahme, daß die Bankiers sich diesem Kompromiß nicht fügen werden und vielleicht wird man einen Mittel- weg einschlagen, der in Richtung der letzten englischen Vor- schläge läge.

In Drahtungen aus London war der Vermutung Ausdruck ge- geben, daß die deutsche Delegation am Montag in London erscheinen werde. Das halten wir, wie die Dinge nunmehr sich gestalten haben, für ausgeschlossen. Vorläufig ist Deutschland ja noch nicht einmal eingeladen. Angenommen aber, was man für wahrscheinlich hält, daß die Einladung heute abend erginge, so wäre es doch a d- gerade wünschenswert, wenn die deutschen Delegierten im Tempo des Apporrierhundes folgten. Hat man uns so lange warten lassen, wird man schließlich auch drüber warten können. Vor Dienstag wird, soweit wir unterrichtet zu sein glauben, die deutsche De- legation keinesfalls in London zur Stelle sein. Im übrigen nimmt man an, daß die Beratungen mit den Deutschen nur ein paar Tage dauern werden. Man tröstet sich hier damit, daß es gar nicht auf die Länge der Zeit ankomme, sondern auf das, was er- reicht wird. Optimisten glauben, daß in der zweiten Hälfte der nächsten Woche die deutsche Delegation schon wieder zurück wäre und daß dann gegen Ende der Woche, spätestens anfangs der darauffolgenden, das Nachspiel im Reichstag vor sich gehen könnte.

Einem französischen Pressevertreter gegenüber soll Herrriot gestern erklärt haben, er würde größten Wert darauf setzen, mit der deutschen Delegation, wenn er in London sei, möglichst bald persö- nliche Beziehungen anzuknüpfen; er wolle nicht durch Vermitt- lung verhandeln.

#### Die Reparationskommission

hat in London folgendes offizielle Communiqué veröffentlicht: Die Repts hat in einer unter dem Vorsitz Baribus abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß bestätigt, den sie in Paris offiziell und unter Vorbehalt der Zustimmung Sir John Brobburgs gefaßt hatte: Die Repts beschließt, in London offiziell jedesmal dann zu sagen, wenn es erforderlich ist, um über die in ihr Zuständigkeitsbereich fallenden Fragen zu verhandeln, die die Ausführung des Sachver- ständlichensplans etwa aufwirft. Hapas berichtet, die Kommission wird morgen vormittag eine neue offizielle Sitzung abhalten. Für die erste offizielle Sitzung der Kommission ist noch kein Zeitpunkt an- gesetzt. Auch über die Berufung deutscher Vertreter vor die Kommission ist noch kein Beschluß gefaßt worden. Der Kommissi- on sei überhaupt von der Regierung noch keine Entscheidung, nicht einmal der Bericht des juristischen Ausschusses vorgelegt worden, der übrigens in gewissen Teilen nicht zum Zuständigkeitsbereich der Kommission gehöre.

#### Ein Bericht über die deutschen Leistungen

Die Repts veröffentlicht die Statistik der bis 30. Juni 1924 be- zwirkten und unter die Gläubiger verteilten deutschen Leistungen. Die Annoten, die wie gewöhnlich von den deutschen Ziffern Kart ab- gemacht sind, sind mit den gewohnten Vorbehalten aufzunehmen. Nach den Annoten der Kommission hat Deutschland bis zum 30. Juni 1924 geliefert: In bar 1 903 885 000 Goldmark, in Sachlieferungen 3 298 414 000 Goldmark, durch Abtretung von Gütern 368 693 000 Goldmark. Die Gläubigermächte haben hiernach nun insgesamt 5 570 942 000 Goldmark erhalten. Aus diesen Einnahmen waren zu- nächst die Kohlenvorkäufe von 500 und von 392 216 000 Goldmark sowie die Kosten der Bekanntschaften und der Kontrollkommissionen mit 2 635 409 000 Goldmark zu erhalten. Außerdem entfielen auf Kurs- gewinne 3 030 000 Goldmark. Nach Abzug der vorhergehenden drei Posten verblieb ein verfügbarer Saldo von 2 540 267 000 Goldmark.

\* Für eine Autonomie Elsaß-Lothringens. Nach Redunnen aus Straßburg verlannt die soa. Elsaßische Partei in sarkastischen Vo- lantschreden die vollständige Autonomie für Elsaß und Lothringen und eine Volksabstimmung über die Ein- führung der Laizn-Verfassung. Die Partei hat die Wo- fante, die die Unterdrückung „Brot von Brot“ tragen, beibehalten.

### Nach zehn Jahren

Von D. Richard Mumm, Mitglied des Reichstags

Bei der Welttenende des 1. August 1914 ging ein Geist der Einmütigkeit durch unser Volk, wie wir ihn vielleicht nie erlebt hatten. Er erwuchs aus dem Bestreben des guten Gewissens, grundlos angegriffen zu sein. Die Einberufenen eilten zu den Fahnen. Wie Reichstagsabgeordnete aber — ich selbst fuhr damals im Mittel- meer südlich von Areta — eilten, was wir konnten, und mochten wir Tag und Nacht auf der Strecke liegen, um zur Bewilligung der Kriegskredite zur Stelle zu sein.

Und die Jugend aller Stände drängte sich um die Kasernen- höfe, ob sie, zehnmal abgewiesen, vielleicht das erste Mal das Glück habe, als Kriegsfreiwilliger eingezogen zu werden. Das war nicht bloße Abenteuerlust, das war Opfergeist! Was waren das für herrliche Jugendgestalten, die in Haderhüt als ich zu ihnen ge- sprochen, das Heilige Abendmahl begehrten! Und alles das entsprang aus dem guten Gewissen.

Und um dies gute Gewissen müssen wir nun erst wieder kämpfen. Wir haben 1919 den Artikel 231 des Versailles Vertrages unter- schreiben müssen, in dem es heißt:

„Die Verbandsregierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die Ver- bandsregierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges erlitten haben, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufzuzwingen wurde.“

Auf dieser Schuldfrage baut sich der ganze Versailler Ver- trag, baut sich auch alles das auf, was das Sachverständigengutachten an Völkern auf uns türmt. Darum ist es so entscheidend, daß wir zu kämpfen — draußen in der Welt, aber auch daheim bei den Volks- gemessen, die einer Belehrung durch die Tagespresse zugänglich sind. Denn noch gibt es in Deutschland eine starke Partei, die da sagt: „Deutschland trägt nicht allein die Schuld am Kriege“. Das wird natürlich von der Gegenseite sofort dahin gedeutet, daß hier das Ein- geständnis einer wesentlichen Mitschuld liegt.

Die Frage muß anders, muß ausschließlich gestellt werden: „Hat Deutschland den Weltkrieg gewollt oder nicht?“ Auf diese Frage kann es nur ein Ja oder Nein geben. Wer, der die Geschichte kner Tage kennt, kann „Ja“ sagen?

Was man zur Stütze der Lüge aufbrachte, so die Nachricht von einem heimlichen Kriegsrat des Kaisers vor seiner Abfahrt nach Norwegen, hat sich als unwahr erwiesen. Alle Aktenstücke, alle noch so stichhaltigen Randbemerkungen der ganzen Zeit vor dem Kriege beweisen nur das eine, daß wir den Weltkrieg nicht gewollt hätten. Gewiß gab es einzelne — z. B. den Grafen von Wartenberg, dessen „Weltgeschichte in Umrisen“ jetzt geradezu erschütternd mirkt — die ihn kommen sahen. Aber kein Verantwortlicher hat ihn gewollt. Und gäbe es nicht die Ueberfälle der Zeugnisse — die einflussvollsten Stimmen von unseren Gegnern, z. B. von den belgischen Gesandten — so wäre etwas Bemerkenswertes: die Urtaube- verhältnisse in jenen entscheidenden Tagen.

In einer geradezu sträflichen Weise habe man aber auch alles und jeden auf Urlaub gehen lassen, größtenteils ins Ausland: den Chef des Generalstabs und den Chef seiner Aufmarschabteilungen, die Chefs mancher Grenzsicherungsregimenter, die Chefs der wirtschaftlichen und der finanziellen Mobilmachung, den Chef des Auswärtigen Amtes. Alles war so wenig auf den Ernst der Lage eingedacht, daß noch am 1. August im Kriegsministerium ein Schreiben des Reichshofamtmarschalles einließ, man möge doch die Pulverbestellungen ausführen, es sei kein Geld da, und daß noch Ende Juli große Ge- treidemengen ins Ausland gingen.

In seiner Broschüre „Delbrück und Wilhelm II.“ sagt Karl Rautsch: „Ich kann hier das Geständnis machen daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung Unrecht tat.“

Und nachdem er auseinandergelegt hat, warum er früher an einen von Deutschland entfesselten Präventivkrieg geglaubt habe, fährt Rautsch fort: „Ich war sehr überrocht, als ich Einblick in die Akten bekam. Keine ursprüngliche Auffassung erweckte sich mir als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn zu vermeiden gesucht.“

Schließlich hat Lord George in einer Rede vom 23. Dezember 1920 gesagt: „Je mehr man die Memoiren und Bücher über die Begebenheiten vor dem 1. August 1914 liest, desto mehr begreift man, daß niemand an leitender Stelle zu jener Zeit geradezu den Krieg gewollt hat.“

Damit hat einer der vier Schöpfer des Artikels 231 ihn für un- haltbar erklärt und die Schuldfrage entwirrt.

Steht fest, daß wir den Krieg nicht gewollt haben, so ist fern und willia zu zweifeln, daß Fehler gemacht worden sind, vor allem der Fehler, daß man die unauflöslichen österreichischen Diplo- maten nicht fester am Alsat habe und daß man, obwohl in ihrem Verhalten gegenüber Serbien wie gegenüber Walsen, erst dann ermit- zu ihnen wurde, wenn es zu spät war. Fehler general! Wo wollte man ansetzen, wo aufbrechen? Der Fehler, in den neunmaler Todren Frankreich zu rufen zu lassen, Fehler über Fehler in der Behandlung Englands. Und auch im Kriege, wie mancher verhältnis- mäßige Fehler! Es ist Sache der kritischen Fortschritt, die Fehler aufzuklären.

Der entscheidende Fehler war doch: daß wir nicht das einia Volk von Brüdern blieben, das am Kriegsanfang zu- sammenstand! Und wollen wir wieder werden, wollen wir auch im Zustand wieder Aktiva gewinnen, dann müßten wir den Kampf gegen die Schuldfrage, dann müßten wir das, was immer erneuert, sachlicher Prüfung des ganzen Tatbestandes gewonnenen Befehrs: das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt!

#### Eine jugoslawische Anleihe in Amerika

(Kabeltelegraphdienst der United Press)

Newyork, 1. Aug. In hiesigen Handelskreisen erregen die Verhandlungen Aufmerksamkeit, die soeben zwischen Jugoslawien und Newyorker Finanzkreisen im Gange sind, mit dem Zweck, eine kurzfristige Anleihe von 3-5 Millionen Dollars zwecks Baus der Eisenbahnlinie nach Spalato flüssig zu machen. Die Ver- handlungen werden allgemein als ein bedeutungsvolles Zeichen der neuen Haltung angesehen, die die Bankiers der Vereinigten Staaten bezüglich der Anlage von Geldern in Europa einnehmen. Zugleich bedeuten diese Anleiheverhandlungen eine bemerkens- werde Aenderung in der Stellungnahme der Wallstreet gegenüber Jugoslawien, da die seinerzeit aufgelegte 100-Millionen-Dollar- anleihe, von der nur 15 Millionen zur Auszahlung gelangten, einen Mißerfolg zeitigte.

Wichtige Konferenz in der irischen Grenzfrage

Gestern vormittag sind die irischen Minister in der Downing Street zusammengetreten, die den englisch-irischen Vertrag unterzeichnen werden...

Politische Prozesse

Ein Unentwegter

Unter der Anklage, sich gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verhalten zu haben, hatte sich vor dem ersten Senatssitzungstag in Berlin der Vorsitzende der deutschen nationalen Jugend Heinz Schüb zu verantworten...

Dienstentlassung Frids

Das Urteil der Disziplinarkammer für nichtrichtiger Beamte in München gegen Oberamtmann Dr. Frid von der Polizeidirektion München lautet auf Dienstentlassung.

Abbaufragen im Reichsrat

Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung der vom Reichstag beschlossenen Erhöhung des Reichszuschusses in der Invalidenversicherung, den Sonderzulagen in der Unfallversicherung und der Abänderung des Reichsversicherungsgesetzes zu...

Der Reichsrat beschäftigte sich sodann mit einem Gesetzentwurf über eine zweite Wenderung der Personalabbau-Verordnung, demzufolge die Ermächtigung der Regierung, die Beamten in den Ruhestand zu versetzen, nur noch bis 31. Juli 1925 dauern soll...

Die abgebauten Oberbürgermeister

Nach einer Mitteilung der Regierung in Kassel ist die Mitteilung, daß die Regierungspräsidenten von Kassel und Hannover die Beschlüsse über den Abbau der sozialdemokratischen Oberbürgermeister Scheidemann und Reineri beanstanden hätten...

Reichswehr und Bauernlage. General Reinhardt hat, wie die „Post“ aus Stuttgart meldet, den zum Wehrkreis 5 gehörenden Reichswehrtruppenteilen die weitere Beteiligung an den sogenannten „Bauernlagen“, die in letzter Zeit, namentlich in Württemberg, stark überhand genommen und bei den politisch Unzufriedenen Parteien große Erregung hervorgerufen haben, unterlag.

Das Glück der Ingrid Wendland

Roman von Erich Friele

Ingrid war sehr bleich geworden. Ober waren es die matten Rosendünkel, die ihrem zarten Antlitz solch geisterhafte Blässe verliehen? „Ich verstehe Sie nicht —“ erwiderte sie gepreßt. Nicht trat Hilmar Holzer vor die weiße, mondumflößene Gestalt hin...

„Das Feld der Unchre“

Einer der neuesten Schülerbeiträge der Sozialdemokratie und natürlich auch der sozialistisch-international eingestellten bürgerlichen Demokratie ist das Heidelberger Privatdozent für Statistik Dr. Gumbel, der Verfasser einer überaus tendenziösen Broschüre über die Justiz und die Opfer der Antiparteien in den Jahren der Republik hat in Heidelberg in einer Propagandaversammlung „Wie wieder Krieg“ am Schluß etwa folgendes gesagt: „Ich bitte die Kameraden, in stiller Einsicht der Taten zu gedenken, die ich will nicht sagen auf dem Felde der Unchre gefallen sind, aber die doch auf gräßliche Weise ums Leben kamen.“ Diese Bemerkung hat in Heidelberg großes Aufsehen und zum Teil starke Empörung ausgelöst. Eine Studentenversammlung hat folgenden Beschuß gefaßt:

In einer Versammlung der hiesigen Ortsgruppe der Friedensgesellschaft führte der Versammlungsleiter, Dr. Gumbel, in seinem Schlußwort folgendes aus: „Ich bitte die Anwesenden, 2 Minuten in Schweigen der Toten des Weltkrieges zu gedenken, die — ich will nicht sagen — auf dem Felde der Unchre gefallen sind, aber doch auf gräßliche Weise ums Leben kamen.“ Durch diese Aeußerung hat Herr Dr. Gumbel in ungeheurerlicher Weise das Andenken derer in den Schmutz gezogen, die für uns den Heldentod erlitten; er hat die Ehre all derer geschändet, die als Helden gekämpft und ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber erfüllt. Herr Dr. Gumbel hat damit bewiesen, daß er außerhalb des deutschen Volkes steht, für dessen Ehre und Gerechtigkeit er ein Verständnis nicht besitzt. Herr Dr. Gumbel ist Lehrer an der weltberühmten deutschen Universität Heidelberg. Die Heidelberger Studentenschaft ist der Ansicht, daß Herr Dr. Gumbel durch seine Aeußerung erklärt hat, daß er keinen Wert darauf legt, länger Dozent an der hiesigen Hochschule zu sein. Die Heidelberger Studentenschaft bringt diese ihre Ansicht zur Kenntnis des Rektors und erwartet, daß dasselbe alles tut, daß Herr Dr. Gumbel aus dem Lehrkörper der Heidelberger Universität ausgeschlossen wird.

Dr. Gumbel hat später keine Aeußerung in einem Briefe an die „Bad. Post“, die den Fall aufgearbeitet hat, wie folgt erwidert: „Der Ausdruck ist in der von Ihnen gebrauchten Form tatsächlich gefallen. Aber seinen wesentlichen Inhalt hat Herr Reichsminister doch nicht richtig erfaßt. Ich wollte damit nämlich zweierlei sagen: einerseits, daß das Schicksal für uns Passifanten kein Feld der Ehre ist und zweitens, daß diejenigen, welche gekämpft haben, für Deutschlands Ehre ins Feld zu ziehen keine Aufassung, die wir nicht teilen für uns maßlos und rein dusehnen. Ich glaube, daß wohl jeder in der Versammlung diesen zweifachen Sinn richtig verstanden hat. Diese beiden Sätze hoffte ich in dem kurzen Satz zusammenzufassen zu können, muß aber leider sehen, daß er von Ihnen nicht richtig aufgefaßt wurde.“

In der demokratischen Presse Heidelbergs beginnt bereits unter Auswand von viel Dialekt und „philosophischer“ Einführung die Reinschönung Gumbels. Habent aibi für uns, die noch ein Vaterland haben, das Deutschland heißt, ist der Ausspruch dieses internationalen Passifanten, der infolgedessen kein Verständnis für Deutschlands Ehre aufbringen vermag, ein Skandal, der, in diesen der Erinnerung geweihten Tagen, umso anfreizender wirkt.

Zwangseinteignungen zugunsten der Anilinfabrik

Zu einem durch das Wolffbüros vermittelten Verträge über die Aufnahmehandlungen des bayerischen Landtags betreffend die Beschaffung von Ludwigshafener Bürger gegen die Bad. Anilin- und Sodafabrik und die Stadtverwaltung Ludwigshafen teilt uns die Direktion der A. N. S. J. mit:

Die von uns für den Ausbau einer Rangieranlage und für die Erbauung von Kleinwohnungen gestellten Zwangseinteignungsanträge sind aufgrund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen von den Behörden vor Erlaßung der Zwangseinteignungsübertragungen genau geprüft worden. Da unsere Anträge berechtigt, und das dabei eingeschlagene Verfahren zurecht war, geht daraus hervor, daß die Reichsminister in allen gefälligen Instanzen, einschließlich des Verwaltungsgerichtshofs mit ihrer Weisung abgelehnt worden sind.

Aus den Verhandlungen im bayerischen Landtag ist ersichtlich, daß alle die Zwangseinteignung betreffenden Akten während der Separationsarbeiten in Speyer verloren gegangen sind. Die im Landtag erfolgten Eingaben und Artikel lauten daher offenbar nicht auf der tatsächlichen Lage basierend, sondern sind ausschließlich auf einseitige Angaben der Beschwerdeführer aufgebaut. Und selbst bei der Verhandlung im Landtag jedenfalls keine Gelegenheit zu einer Aeußerung gegeben worden.

Erst Toller, der zur Vorbereitung der Kulturwoche des Arbeiterbildungs-Instituts in Leipzig weilte, wurde gestern früh im Volkshaus von zwei Kriminalkommissaren der händlungsabteilung der Leipziger Polizei verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines Steckbriefes, der vor fünf Jahren gegen Toller erlassen wurde. Der Polizeipräsident hat laut „Leipziger Volkszeitung“, die Verhaftung sofort rückgängig gemacht.

Paris, 1. Aug. Nach dem Kommando Herold soll Staatssekretär Hughes beabsichtigen, sich nur einen Tag in Berlin aufzuhalten.

Badischer Landtag

Im Saalbau, 1. Aug. (Wg. Droßler.) Auf der Tagesordnung steht zur Behebung der katastrophalen Wohnungsnöte.

folgender Antrag des Haushaltsausschuß. (Berichtersteller Dr. Glöckner (Dem.) Der Landtag ist damit einverstanden, daß der Stadt Vörsach aus dem Voranschlag des Arbeitsministeriums für Arbeitsbeschaffung des Staates zu den Wohnungen für keine Beamten und Arbeiter bewilligten 400 000 RM. zum Zwecke der Erwerbung eines Reichsgebäudes ein entsprechendes Darlehen gewährt werden jedoch unter der Voraussetzung, daß eine entsprechende Anzahl von Wohnungen in diesem Gebäude an Staatsbeamte zur Verfügung gestellt werde.

Durch die Annahme dieses Antrags bei 3 Stimmenthaltungen (Kommunisten) ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Sed (Komm.) und Albrecht (Ztr.) und Genossen erledigt. Das Haus beginnt darauf mit der Beratung des

Voranschlag des Justizministeriums

für das Rechnungsjahr 1924/25. Abg. Marun (Soz.) berichtet über die Kommissionsberatungen 15 a. H. der Beamten (450 von 3000) sind abgebaut.

Abg. Käfer (Ztr.) weist in der Aussprache auf den wesentlichen erweiterten Gehaltskreis und die größere Verantwortung des Justizministeriums hin. Den Kommunisten ruft der Redner zu: Der Richter kennt keine öffentliche Meinung, keine Presse, keine Klage, keine Strafe, nur ein Gewissen. Der Redner beipflichtet weiter die Änderungen in der Rechtspflege und hält die Reorganisation der Schwurgerichte für eine glückliche Lösung. In der Einsetzung der notariellen und richterlichen Personen gegenüber den Juristen müsse ein Ausgleich geschaffen werden. Der Jugendfürsorge müsse Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Jugendrichter muß hier keine Entscheidungen mit dem ganzen Gewissen eines Richters, aber auch mit dem ganzen Gefühl eines Menschen treffen.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.) bittet die Justizverwaltung die Arbeitskraft und die Arbeitsfreudigkeit der Beamten, namentlich der höheren und mittleren Richter und unteren Justizbeamten durch eine entsprechende Beförderung zu heben. Auf den Abbau muß im Interesse des erschütterten Vertrauens der Bevölkerung in die Rechtspflege recht bald ein Wiederanbau folgen. Rückhaltlose aber solche Kritik der Urteile ist notwendig. Das Fehlen der Urteile ist nach dem Gutachten des rechtsgebenden Gelehrten ein Skandal. Das „noli me tangere“ bei der Klärung politischer Urteile muß bestrafen werden. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Der Vermittlungen, die der Hülfsprozeß im Rechtsbewußtsein des Volkes anrichtet hat, muß die absolute Garantie zugesichert werden, daß jeder Staatsbeamte, besonders der Justizbeamte den Geist der Verschönerung erfüllen will. Der § 218 ist ein soziales Unrecht für die Kinderbestimmten. Mit dem Armenrecht soll kein Mißbrauch getrieben werden. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß es möglich sein werde, die Ausgaben für die Justiz so auszugleichen, daß man erkenne, daß Ernst damit gemacht werden soll, das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege zu heben.

Der Präsident gibt den Eingang folgenden Antrags der Abgeordneten Sed, Unger und Gehler (Komm.) bekannt: Die Regierung wird ersucht, bei der Regierung dahin zu wirken, daß die §§ 218—220 aufgehoben werden. Der Antrag wird mit zur Beratung gestellt.

Sodann noch Abg. Hagin (Dobd.) eine Erklärung gegen den Wegfall der Schöffengerichte abgegeben und Untersuchung des Prozeßes gegen einen wegen angeblichen Kartellverstoßes in der Nationalzeit verhafteten Landwirt (Justizminister: nach 14 Jahren jetzt unverzüglich) fordernd, wird die Sitzung um 12 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung um 12.45 Uhr.

Letzte Meldungen

Die Hochwasserschäden in Bayern

München, 1. August. Nach den Meldungen aus Oberbayern ist die katastrophale Hochwasserschade nach nicht beizulegen. Die meisten Städte haben Hochwasserschäden, die zum Teil den Stand des letzten großen Hochwassers vom Jahre 1899 überbieten haben. Bei München ist eine Besserung einsetzend, da die Vlar um fast einen Meter von allern auf heute gesunken ist. Dagegen sind im oberbayerischen Bergland verheerende Überschwemmungen teils unterirdisch, teils oberirdisch. Die Linie Rosenheim-Prandorf und Traunstein-Rudolfsheim sind vollständig unterbrochen. Auf der Linie Wittmann-Garmisch wird der Verkehr durch Umleitungen aufrechterhalten. Auch aus dem Salzburger Land werden schwere Schäden gemeldet. Bei Nürnberg wurden 12 Häuser in einem Vorort unter Wasser gesetzt, da der Gedäch infolge Dammbrechens aus seinen Ufern trat.

Nachtrag zum lokalen Teil

Der Streik der Mühlenarbeiter abgebrochen. Wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, wurde in einer gestern abgehaltenen Versammlung der streikenden Mühlenarbeiter mit „Schwarzer Wehrheit“ beschloffen, den durch den Schlichter gemachten Vermittlungsvorschlag anzunehmen und den Streik abzubrechen.

einanderfeindungen zwischen seinen Kindern und seiner Gattin als ein kleines Schormügel zu betrachten, das das tägliche Eintrien ein wenig aufleitet.

Auch war ja die Hauptwiderfahrerin der Stiefmutter, die älteste Tochter Juliana, bereits aus dem Hause. Ein Jahr vor der zweiten Heirat des Konfals hatte sie sich mit dem Gynastial-Oberlehrer Ludovicus Hengartner vermählt — einem nicht mehr jungen, etwas behäbigen, herzensguten, ganz in seiner Wissenschaft und Gelehrsamkeit aufgehenden Mann — dessen Temperament und Charakter eigentümlicherweise im vollständigen Gegensatz standen zu der glänzenden, übermütigen, temperamentvollen Juliane Wendland. Wie leicht war gerade deshalb die Ehe eine so glückliche geworden; die beiden ergänzten sich vollständig. Und die kluge, etwas diplomatisch orientierte junge Frau hatte doch ihrer Häuslichkeit die moderne künstlerische Note zu geben verstanden, die ihrem Empfinden entsprach, ihrer Stiefmutter jedoch ein ewiger Dorn im Auge war. Frau Konfal Wendland vermied es deshalb auch nach Möglichkeit, mit ihrer „leichtfertigen“ ältesten Stiefnichte zusammenzutreffen. Und Juliane konnte es ihrem Vater nie verzeihen, daß er ihrer schönen, aus vornehmen Kreisen stammenden Mutter — sie war die einzige Tochter eines deutschen Generals gewesen — solche „unbesonnenen“ Nachfolgerin gegeben hatte. Und bei ihren seltenen Besuchen im väterlichen Hause verärgerte sie nie, die nach und nach immer schwächer glimmende Kriegerflamme aufs neue zu schüren.

Doch Konfal Wendland war nicht besorgt. Er hoffte, die Zeit würde auch diese Schormügel beseitigen, wie so vieles im Leben. Dabei erwartete er viel von dem begünstigenden Einfluß seiner Lieblingsnichte Ingrid, die — ihrer sinnigen, ersten, nur nach innen gerichteten Natur entsprechend — der allseitig angefeindeten Stiefmutter am wenigsten feindselig gegenüberstand.

Der einzige Sohn Adrian, der im Alter zwischen der achtundzwanzigjährigen Juliane und der um sieben Jahre jüngeren Ingrid stand, sollte sich, wie der Vater, der diplomatischen Karriere widmen, wodurch sich ein Herzenswunsch des Konfals erfüllte.

Die jüngste Tochter Barbara, oder Bärbel, wie sie von jedem man genannt wurde, ein halbes Kind noch, verteilte in ihrer Person ja ziemlich die Eigenschaften sämtlicher Geschwister in sich. Liebesprödelnd lustig und voll Mutterlich wie Juliane, besah sie auch deren dunklen Teint und ihre feurigen braunen Augen, während das leuchtende kastanienbraune Haar und ein Hauch von hochherber Unnahbarkeit, der sie schon als kleines Kind oft umschmeichelt hatte, an Ingrid erinnerte. (Fortf. folgt.)





Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Devisenmarkt

Table with columns: Amtlich, G. 31, S. 31, in Billionen, G. 1, S. 1, -p. Rows include Holland, Bernese Alben, Brasilien, etc.

Börsenberichte

Frankfurter Wertpapierbörse

Zuversichtliche Stimmung an der Börse. — Angeregtes und lebhaftes Geschäft. — Sprunghafte Kurssteigerungen für deutsche Reichs- und bayerische Staatsanleihen

Frankfurt, 1. Aug. (Drabhl.) Gleich zu Beginn des offiziellen Verkehrs entwickelte sich ein angeregtes und sehr lebhaftes Geschäft, das auf manchen Gebieten zeitweise einen stürmischen Charakter annahm.

Interesse, mit Ausnahme von Apl. die sehr fest lagen und mit 3/4 gesucht blieben. Zeitweise ist der Markt vollkommen auseinandergelassen.

Berliner Wertpapierbörse

Unternehmungslust an der Börse. — Kursanhebungen am Montanmarkt. — Aufwärtsbewegung der deutschen Anleihen

Berlin, 1. Aug. (Drabhl.) Die Einigung im ersten Ausschuß der Londoner Konferenz wurde günstig dahin beurteilt, daß nun auf einen glatten Verlauf der einzelnen Verhandlungen zu hoffen sei.

Stahlwerk Becker

Die Geschäftsaufsicht über Stahlwerk Becker teilt der Köln. Ztg. folgendes mit:

In den letzten Tagen sind in der Presse mehrfach Nachrichten über den beabsichtigten Zwangsvergleich und über den Status des Unternehmens veröffentlicht worden.

Der Status der Gesellschaft, an Hand dessen zurzeit mit den Gläubigern über den beabsichtigten Zwangsvergleich verhandelt wird, enthält Akzeptverpflichtungen in Höhe von etwa 11 Mill. M.

an Rückstellungen für Bürgschaften, Prozesse und langfristige Verträge. Daß bei den Akzeptverpflichtungen eine starke Differenz klappt zwischen der Höhe der bestehenden Verbindlichkeiten und der tatsächlich hierfür eingegangenen Barbeiträge, ist bereits in der eingehenden Veröffentlichung der Geschäftsaufsicht gesagt.

Die Gruppe, die die Sanierung treibt, stellt auch die erforderlichen Mittel für eine Wiederaufnahme des Betriebs zur Verfügung. Bedingung ist es, daß bei Zustandekommen des Zwangsvergleichs der Betrieb alsbald wieder aufgenommen wird.

Die Verwaltung ist weiter der Ansicht, daß man gut daran tut, die Verhandlungen in Ruhe ihren Fortgang nehmen zu lassen und sie nicht durch Nachrichten zu stören, die zu einem Teil den Tatsachen gar nicht gerecht werden.

-I. Ausfuhr nach England. Die Handelskammer Mannheim macht uns darauf aufmerksam, daß die seit einigen Tagen durch die Presse laufende Nachricht, wonach das britische Industrieschutzgesetz nach einer Information des Konfektionär am 19. August außer Kraft trete, in dieser Form falsch ist.

-I. Polnische Aufwertungsverordnung. Wie uns die Reichsnachrichtstelle des Auswärtigen Amts für Außenhandel in Mannheim mitteilt, liegt in ihrer Geschäftsstelle, die deutsche Übersetzung der polnischen Aufwertungsverordnung, die die Aufwertung der Forderungen aus Darlehen, Obligationen, Spareinlagen, Versicherungen, Wechseln, Schecks, offenen Krediten und anderen Rechtstiteln regelt, unentgeltlich zur Einsichtnahme offen.

\* Werkzeugfabrik A.-G. in Elberfeld. Das Unternehmen ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten, zu deren Behebung der Aufsichtsrat beschlossen hat, einer ao. G.-V. die Beschaffung neuer Mittel durch die Aktionäre vorzuschlagen, andernfalls die Auflösung der Gesellschaft nicht zu vermeiden ist.

\* Kredit für die Kaliindustrie. Die Lage in der Kaliindustrie soll in der letzten Zeit etwas günstiger geworden sein. Die Hauptrolle spielt jedoch die Gewährung eines Kredits von 1 Mill. Dollar für die Kaliindustrie durch die Deutsche Golddiskontbank.

KURSZETTEL

Notiz und den tatsächlichen in Billigen Preisen, Versicherungen in Billionen Mark pro Stück

Frankfurter Dividenden-Werte.

Table of Frankfurt Dividend Values with columns for company names and dividend amounts.

Berliner Dividenden-Werte.

Table of Berlin Dividend Values with columns for company names and dividend amounts.

Berliner Festverzinsliche Werte.

Table of Berlin Fixed Interest Values with columns for bond types and interest rates.







